



Auf den Weg gebracht

EU-Klimapaket positiv aufgenommen

Das Echo auf die Gesetzgebungsvorschläge aus Brüssel zum Klimawandel hat gezeigt, dass die EU-Kommission richtig liegt. Das Europäische Parlament sieht seine dringenden Erwartungen bestätigt. Bundesumweltminister Gabriel nannte die Vorschläge ausgewogen und kostendeckend. Frankreich kündigte an, bis 2020 das Land mit den wenigsten CO₂-Emissionen Europas zu sein. Auch Großbritanniens Umweltminister begrüßte die Vorschläge.

Hatte es besonders aus Kreisen der deutschen Stahlindustrie zuvor nur ernste Warnungen gegeben, so zeigten sich die Lobbyisten am Tag danach zufrieden damit, dass der Emissionshandel fürs erste bis 2010 ausgesetzt ist. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) unterstützte Überlegungen für eine Kohlenstoffsteuer oder einen anderen Mechanismus zum Schutz vor Importen aus Ländern mit weniger strikten Umweltbestimmungen.

„Wir müssen noch weiter gehen“, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering. Die EU soll gemeinsam mit den Industrieländern die Führung übernehmen beim Übergang zu einer Wirtschaft, die auf niedrigem Kohlenstoffgehalt und erneuerbaren Energien beruht. Pöttering wies darauf hin, dass in Kopenhagen bei der Nachfolgekonzferenz zu Bali im Dezember 2009 der Abschluss eines internationalen Abkommens ansteht. Selbst die Grünen im Europaparlament zeigten sich nicht unzufrieden. Rebecca Harms, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, schwärmte, es sei ein „wunderbares Gefühl“ gewesen, dass die EU in Bali als „quasi gleichberechtigter Partner“ aufgetreten sei. Die Zustimmung der Bürger könne man jedoch sehr schnell verspielen, wenn Worte und Taten auseinander gingen. Man müsse hart bleiben beim Emissionshandel und dürfe nicht „verdeckt für Atomenergie werben“. Der Vorsitzende der Liberalen, der Brite Graham Watson, sagte: „Wir glauben, dass dies der wichtigste Rechtsakt ist, den Barroso und seine Kommission bisher vorgebracht haben.“ Die lobenden Worte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch viel Widerspruch geben wird. Bei Umweltfragen

wird man Idealismus, Realismus und Eigeninteresse vermutlich nie auf einen Nenner bringen können. Die Lobbyisten werden nicht aufgeben. Und die Öko-Aktivisten lassen sich nicht täuschen. Die Kommission wird Druck von beiden Seiten aushalten müssen.

So werden kostenlose Emissionszertifikate, wie sie bestimmten energieintensiven Industrien zunächst zugestanden werden, auf die Dauer zum Problem. Welchen Anreiz hätten Firmen dann noch, ihre Emissionen zu reduzieren? Auch die Einbeziehung des Kohlendioxidausstoßes im Straßenverkehr und in der Luftfahrt wird Geld kosten. Die Frage ist, ob die „Billigflüge“ auch in Zukunft noch zum Schnäppchenpreis zu haben sind. Schon jetzt machen die Zusatzkosten, die auf Kampfpreise von einem Euro aufgeschlagen werden, die Hoffnung auf einen wirklich preiswerten Flug oft zunichte. Wenn das Paket der Kommission den weiteren Prozess einigermaßen heil übersteht, kann es eine positive Spirale in Gang setzen. Der Startschuss ist gefallen. (vth)

INHALT

KURZ UND KNAPP

Lebensmittelkennzeichnung • Bürokratieabbau
Menschen mit Behinderung • Bußgeld für Eon
Internetplattform „Debate Europe“ 2-3

THEMA DER WOCHE

Nationales Eurobarometer
Zuversicht und neue Herausforderungen 4-5

HINTERGRUND

Neue Richtlinie
EU bei Spielzeug-Sicherheit kompromisslos 6

SERVICE

Lesereihe • Jugendaustausch • Ausschreibungen 7

TERMINVORSCHAU

8

Lebensmittelkennzeichnung: Besserer Schutz für Allergiker

Die EU-Kommission hat neue Regeln für die Beschriftung von Lebensmitteln vorgeschlagen. Auf der Packungsvorderseite soll der Nährwert, unter spezieller Nennung von Zucker, Salz, Fett und gesättigten Fettsäuren pro Portion oder pro 100 ml/g des Produkts deutlich erkennbar sein. EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou forderte auch zusätzliche Gefahrenhinweise für Allergiker. Zukünftig sollen Verbraucher die wesentlichen Informationen in lesbarer und verständlicher Form erhalten und so bewusste Kaufentscheidungen treffen können. Der Verordnungsentwurf sieht die Ausdehnung der geltenden Vorschriften für die Kennzeichnung auch auf nicht abgepackte Lebensmittel vor; hierzu gehören auch Lebensmittel, die in Restaurants oder anderen Cateringbetrieben abgegeben werden. Der Vorschlag der Kommission soll in den 27 Mitgliedstaaten für eine gewisse Einheitlichkeit der Darstellung sorgen.

→ http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/foodlabelling/index_en.htm

EU-Studie: Behinderte Menschen schlecht betreut

Die Betreuung von behinderten Menschen findet in Europa oft unter unwürdigen Bedingungen statt. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie. Kritik wird darin vor allem an den Lebensbedingungen in Betreuungseinrichtungen laut, die bisweilen schwere Verstöße gegen international anerkannte Menschenrechtsstandards darstellen. Die Untersuchung bestätigt damit entsprechende Medienberichte. In der Studie wird empfohlen, verstärkt auf gemeindenahere Dienste zu setzen, die bei guter Ausstattung dazu beitragen könnten, die Lebensqualität behinderter Menschen zu steigern. Eine solche Neuausrichtung der Betreuung Behindertener werde dazu beitragen, „der Verantwortlichkeit der EU im Rahmen der neuen UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen“ nachzukommen, sagte Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.

→ http://ec.europa.eu/employment_social/index/vol1_summary_final_en.pdf

Lohnend: Abbau von Verwaltungslasten

Die Bemühungen der EU-Kommission, überflüssige Regelungen und bürokratische Hürden abzubauen, zahlen sich aus. Das belegt der neueste Fortschrittsbericht zum Abbau von Verwaltungslasten. Demnach konnten Europas Unternehmen im vergangenen Jahr rund 500 Millionen Euro sparen, weil viele Regelungen für sie einfacher geworden sind. Seit 2005 durchforstet die Kommission das Gemeinschaftsrecht nach Paragrafen, die der Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Wege stehen. Verstärkt tut sie das seit Januar 2007 mit einem entsprechenden Aktionsprogramm. 5.000 Seiten Gesetzestext hat die EU seither weniger, weil sich im Gemeinschaftsrecht 300 Bestimmungen als überflüssig oder kontraproduktiv erwiesen. Allein im Unternehmensrecht wurden 75 Informationspflichten für Unternehmen ausgemacht, die sich doppelten, veraltet sind oder schlichtweg ausufern. Weitere Vereinfachungen sollen noch in diesem Jahr folgen. Ziel der Kommission ist es, bis 2012 rund ein Viertel der Verwaltungslasten abzubauen.

→ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7576_de.htm

38 Millionen Euro Bußgeld für E.on

Der Energiekonzern E.on ist von der EU-Kommission zur Zahlung eines Bußgeldes in Höhe von 38 Millionen Euro verurteilt worden. Grund für die Strafe ist die Beschädigung eines Siegels der EU-Kommission nach einer unangekündigten Durchsuchung im Mai 2006 in den Münchner E.on-Geschäftsräumen. Das Siegel wurde angebracht, um die zusammengetragenen und in einem Büro hinterlegten Unterlagen zu sichern. Am nächsten Tag stellte die Kommission fest, dass das Siegel gebrochen worden war. „Die Kommission kann und will solche Verstöße nicht hinnehmen, mit denen die Unternehmen versuchen, die Integrität und Wirksamkeit unserer Ermittlungen zu beeinträchtigen“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. Die Prüfung der E.on-Räume erfolgte wegen des Verdachts von Preisabsprachen auf den deutschen Energiemärkten.

→ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7574_de.htm

Margot Wallström
bei einem
Schulbesuch - die
Kommissare chatten
nicht nur, sie gehen
auch vor Ort.



Foto: EU-Kommission

Mit Kommissaren chatten

Neustart der Internetplattform „Debate Europe“

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hatte sich mit dem Vorschlag auseinander zu setzen, die EU möge doch eine streng umweltorientierte Kfz-Steuer einführen. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margot Wallström musste die Frage beantworten, warum die EU überhaupt einen neuen Reformvertrag braucht. Und Odile Quintin (Generaldirektorin für Bildung und Kultur) sah sich einer Flut von Beiträgen auf dem katalanischen Kanal ausgesetzt, als sie die Frage aufwarf: Was sollen die EU-Institutionen tun, um den interkulturellen Dialog zu fördern?



Über 300 registrierte Benutzer hatten sich am Dienstagnachmittag eingeloggt, als die EU-Kommission ihre relaunched Website „Debate Europe“ freigeschaltet hatte. Die Fragen und Antworten

gingen auf spanisch, portugiesisch, estnisch, griechisch, finnisch, schwedisch und in vielen anderen Sprachen ein. Die überwiegende Mehrheit der Beiträge kam aus Süd- und Osteuropa. Schnelle Übersetzungsdienste machten die Antworten der Kommissionsvertreter in allen Sprachen in sämtlichen Foren publik. Mit der Zeit wichen viele Teilnehmer auf Englisch aus. Denn wer nur bei schwedisch oder ungarisch blieb, schränkte den Kreis der Diskussionsteilnehmer von vornherein ein.

Als die Fragen spezieller wurden, griff auch der Sprecher von Energiekommissar Andris Piebalgs, Ferran Taradella Espuny, ein, und erläuterte, wie die EU es bis 2020 schaffen kann, 20 Prozent Energie einzusparen - von Energiesparlampen angefangen bis zu Niedrigenergie-Gebäuden. Die Teilnehmer konnten vier Themen ansprechen: Energie und Klima, Interkultureller Dialog, die Zukunft Europas und „Verschiedenes“. Ein Nutzer aus Ungarn wollte wissen, wie Minderheitensprachen gefördert werden können. Aus Deutschland kam die Frage, was die EU gegen die Lockerung der Gentechnik-Bestimmungen zu unternehmen gedenke.

„Mit Hilfe dieses Forums möchten wir die Debatte mit europäischen Bürgern wieder aufnehmen, die wir im Rahmen von Plan D begonnen haben“ schrieb Margot Wallström. Sie sprach sich im Chat dafür aus, die „Kompetenzen der Bürger“ durch Bildungsmaßnahmen zu stärken, indem EU-Angelegenheiten vermehrt in die Lehrpläne eingebunden werden. „Ein Vorschlag der Kommission lautet deshalb, ein EU-weites Netz einzurichten, das Lehrkräfte beim Austausch bewährter Verfahren unterstützt.“ Nach der Debatte am Dienstag werden Kommissionsbeamte weiterhin das Forum besuchen, um die Diskussion fortzusetzen. „Debate Europe“ soll so einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen Kommission und Öffentlichkeit ermöglichen.

→ http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm

27 Nachwuchsübersetzer gewinnen Reise nach Brüssel

Gute Sprachkenntnisse können einen weit bringen. Im März werden die 27 Siegerinnen und Sieger des Wettbewerbs „Juvenes Translatores“ (junge Übersetzer) zu einem dreitägigen Besuch nach Brüssel eingeladen, wo ihnen Leonard Orban, der für Mehrsprachigkeit zuständige europäische Kommissar, ihre Urkunde aushändigen wird. Die Namen der 17-jährigen Schülerinnen und Schüler - eine oder einer aus jedem Mitgliedstaat - stehen auf der Website des Wettbewerbs. Dort ist auch die preisgekrönte Übersetzung nachzulesen. Die deutsche Gewinnerin heißt Stephanie Wörrlein und kommt vom Gymnasium Carolinum in Ansbach. Der Wettbewerb „Juvenes Translatores“, fand am 14. November 2007 gleichzeitig in allen Mitgliedstaaten unter der Aufsicht der beteiligten Schulen statt. Die Aufgabe bestand darin, in zwei Stunden einen von 23 Originaltexten zum Thema Tourismus aus einer EU-Amtssprache in eine andere zu übersetzen. Die Wahl der Ausgangs- und der Zielsprache war frei.

→ <http://ec.europa.eu/translatores>

ZITAT DER WOCHE

»Das Abkommen, das die EU unserem Land angeboten hat, ist eine Einladung Serbiens, der europäischen Völkerfamilie beizutreten.«

Vuk Jeremic, serbischer Außenminister, zum Angebot der EU-Außenminister vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in Serbien.

Nationales Eurobarometer

Zuversicht und neue Herausforderungen

Nach wie vor ist die Zustimmung der Deutschen zur Europäischen Union sehr hoch. Das belegt die jüngste nationale Eurobarometer-Umfrage. Demnach hat in Deutschland die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft mit 67 Prozent den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Weiteres wichtiges Ergebnis der Meinungsforscher von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften: Die steigenden Preise für Transport, Energie und Lebensmittel beunruhigen die Menschen in Deutschland und in Europa.

Die jüngste Eurostat-Umfrage zur Akzeptanz der EU bei den Deutschen stammt aus dem Herbst 2007. Ausschlaggebend für das hohe Maß an Zustimmung ist die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Der von Deutschland maßgeblich auf den Weg gebrachte und im zweiten Halbjahr verabschiedete Grundlagenvertrag hat wesentlich dazu beigetragen, Deutsche und Europäer von der inneren Reform- und Handlungsfähigkeit der EU zu überzeugen. Entsprechend verringerte sich auch die Zahl jener, die sich für ein Kerneuropa aussprechen - also dafür, dass einige EU-Staaten in bestimmten politischen Bereichen schneller voranschreiten als andere. Sie liegt gegenwärtig bei 44 Prozent (-13 Prozentpunkte = Pp.).

Viele Menschen können sich vorstellen, dass Entscheidungen immer häufiger auf europäischer Ebene gefällt werden. Das betrifft beispielsweise die Außen- und Sicherheitspolitik, für die sich mittlerweile 81 Prozent (+8 Pp.) der Deutschen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der EU wünschen. Auch die Bekämpfung von Kriminalität sollte nach Meinung von

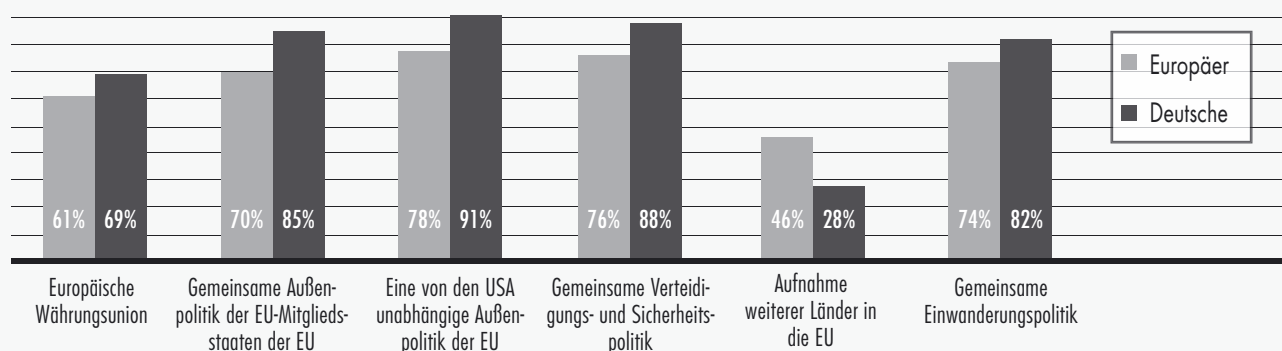
79 Prozent der Deutschen (+2 Pp.) gemeinsam von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten betrieben werden. Bei der Vorstellung des Berichts in der Vertretung der EU-Kommission in Berlin sagte Gerhard Sabathil, der Leiter der Vertretung: „Die Botschaft der Bürger ist deutlich – eine sichere Energieversorgung, Schutz vor Kriminalität und Sicherheit des Arbeitsplatzes gehen alle Europäer an.“

Der Fokus der deutschen Ratspräsidentschaft auf eine gemeinsame Umwelt-, Klima- und Energiepolitik hat die öffentliche Wahrnehmung der Union beeinflusst. Sowohl in Deutschland als auch europaweit betrachtet eine Mehrheit der Bürger dieses Thema als zentrale Frage der Zukunft. Während in Deutschland 40 Prozent der Befragten der Kriminalitätsbekämpfung Priorität einräumen, rangiert der Umweltschutz mit 39 Prozent auf Platz zwei, gefolgt von Energie (38 Prozent) und Einwanderung (30 Prozent).

Vorsichtig geworden

So positiv wie die Ergebnisse der vorangegangenen Erhebung ist das aktuelle Stimmungsbild der Union freilich nicht. Die Resultate vom Frühjahr 2007 waren außergewöhnlich optimistisch und spiegelten die starke Wirtschaftsentwicklung wider. Inzwischen aber sind viele Menschen vorsichtiger in ihren Aussagen. Die steigenden Preise für Energie, Transport und Lebensmittel haben zu einem allgemeinen Gefühl der Inflation geführt. Dabei hatte zum Zeitpunkt der Befragung (22. September bis 3. November) der Preis pro Barrel Öl noch nicht die

AM STÄRKSTEN UNZTERSTÜTZT: AUSSENPOLITIK OHNE USA-EINFLUSS



VERTRAUEN IN EUROPÄISCHE UND NATIONALE INSTITUTIONEN

Europäischer Gerichtshof	68%
Europäische Zentralbank	61%
Europäisches Parlament	52%
Europäische Kommission	46%
Europäischer Rat	43%
Bundestag	41%
Bundesregierung	40%
Europäischer Ombudsmann	24%
Aussch. d. Regio. in Europa	23%

100-Dollar-Marke durchbrochen, und auch die Krise am US-amerikanischen Immobilienmarkt deutete sich erst an.

Während der Erhebung beurteilten 67 Prozent der deutschen Befragten (-7 Pp.) die gegenwärtige ökonomische Lage Deutschlands als gut oder sehr gut. Im Vergleich dazu: Europaweit schätzt nicht mehr ganz die Hälfte der Befragten die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes als gut ein (48 Prozent, -4 Pp.).

Dennoch haben die steigenden Preise die Angst vor der Geldentwertung auch in Deutschland verstärkt. Gefragt nach den dringendsten Problemen, nennt eine Mehrheit die Arbeitslosigkeit (44 Prozent) und die Angst vor Inflation. Ostdeutsche sorgten sich dabei (42 Prozent) wesentlich mehr als Westdeutsche (31 Prozent). An dritter Stelle der Problemskala steht das Bildungssystem.

Wissensdefizite

Was das Wissen über die EU angeht, treten auch in der jüngsten Umfrage große Defizite zutage. Gut ein Viertel der Deutschen (27 Prozent) glauben, die EU bestehe nur aus 15 Staaten. Leicht zurückgegangen ist der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen: Das Europäische Parlament kennen 92 Prozent der Deutschen (-1 Pp.). Ähnlich verhält es sich mit der EU-Kommission, von der 80 Prozent sagen, sie sei ihnen vertraut (-2 Pp.). Die Wissenslücken in Sachen EU korrespondieren mit einer durchaus selbstkritischen Einschätzung: 80 Prozent (+8 Pp.) der Deutschen, nicht besonders gut über die politischen Angelegenheiten der Europäischen Union informiert zu sein.

Wo aber meinen sie, sich am besten informieren zu können? 58 Prozent der Befragten in Deutschland

vertrauen auf die Presse. 48 Prozent (+14 Pp.) beklagen sich, dass im Fernsehen zu wenig über die Europäische Union berichtet werde.

Erweiterung

Die Bereitschaft der Europäer, weitere Länder in die EU aufzunehmen, sinkt. 46 Prozent sprechen sich europaweit für eine Erweiterung aus, nur 28 Prozent sind es in Deutschland (-6 Pp.). Bei der Einwanderungspolitik halten 82 Prozent der Deutschen eine gesamteuropäische Koordination für unerlässlich.

Und die Zukunft? 69 Prozent der Deutschen äußern sich optimistisch, was die Zukunft der Europäischen Union angeht. 52 Prozent der Menschen zeigen sich damit zufrieden, wie die Demokratie in Europa funktioniert. Allerdings fanden sich nur 28 Prozent „in europäische

WICHTIGSTE EUROP. POLITIKFELDER DER NÄCHSTEN JAHRE

Kampf gegen Kriminalität	40%
Umweltschutz	39%
Energiefragen	38%
Einwanderungsfragen	30%
soziale Fragen	28%
europäische Außenpolitik	24%

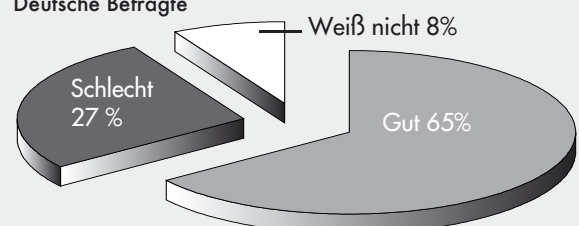
Angelegenheiten eingebunden“, hatten also das Gefühl, auf europäischer Ebene mitwirken zu können. Doch dass der Einfluss des eigenen Landes in Zukunft zunimmt, halten immerhin 47 Prozent der Deutschen für möglich. (tc)

Der nationale Bericht wurde für die deutsche Vertretung der EU-Kommission in Berlin angefertigt. Ausgewertet wurden darin die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage der Generaldirektion Kommunikation aus dem Herbst 2007. Die jüngsten Daten wurden zwischen dem 22. September und 3. November 2007 erhoben.

→ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

ÖKONOMISCHE SITUATION DER EU IM HERBST 2007

Deutsche Befragte



Neue Richtlinie

EU bei Spielzeug-Sicherheit kompromisslos

„In Europa angebotenes Spielzeug muss sicher sein. Punkt.“ Kein Pressebericht über die neue EU-Spielzeugrichtlinie ließ vergangene Woche diesen Satz von Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen aus. Die Spielzeugindustrie unterstützt die harte Linie der Kommission – auch wenn sie sich im Detail andere Vorschriften gewünscht hätte. Kompromisslosigkeit war angesagt, denn eine Reihe von Skandalen hatte 2007 die Verbraucher aufgeschreckt.

Der Hersteller „Mattel“ hatte im vergangenen Jahr Millionen Spielzeugautos mit zu hohen Bleiwerten zurückrufen müssen. Ähnlich erging es Barbies, die mit gefährlichen Magneten versehen waren. Die meisten Spielzeuge waren „Made in China“. Bei aller Aktualität ist aber die Neufassung der Spielzeug-Richtlinie kein Schnellschuss. Seit 2003 ist sie in Arbeit, Sachverständige, Behörden der Mitgliedstaaten, Industrie, Verbraucherorganisationen und Normungsgremien wurden angehört. Im Mai 2007 fand eine öffentliche Anhörung statt, zu der mehr als 1.500 Antworten eingingen. Die geltende Spielzeugrichtlinie (88/378/EWG) war in die Jahre gekommen. Neue Chemikalien, neue Erkenntnisse über gesundheitliche Wirkungen und ein veränderter Weltmarkt haben neue Probleme aufgeworfen. Der am vergangenen Freitag vorgelegte Entwurf soll sie, die Zustimmung von Parlament und Rat vorausgesetzt, komplett ersetzen.

Hersteller und Importeure sollen danach noch mehr Verantwortung für die Sicherheit von Spielzeug übernehmen. So müssen sie Vorschriften für Kleinteile beachten, die verschluckt werden können. Auch für Spielzeuge, die in Esswaren wie Süßigkeiten versteckt sind, gelten künftig strengste Regeln. Es werde alles verboten, was man essen müsse, um an das Spielzeug zu kommen, sagte Verheugen. Das beliebte „Überraschungs-Ei“ nahm er allerdings ausdrücklich aus.

Die Hersteller werden verpflichtet, das CE-Zeichen sowie umfangreiche Gefahrenhinweise gut sichtbar anzubringen. Sie haben eine umfangreiche technische Dokumentation für alle ihre Spielzeuge auszuarbeiten. Bei Spielzeug, für das noch keine Norm existiert (z. B. mit Magneten), müssen sie unabhängige Prüflabors heranziehen. Neu ist auch die Pflicht, mögliche Gefahren zu analysieren und den Behörden diese Analyse im technischen Dossier zur Verfügung zu stellen. Auch die Importeure werden stärker herangezogen. Wer Spielzeug einführt, muss dafür sorgen, dass es europäischen Sicherheitsstandards entspricht. Dazu sind auch Sicherheitstests nötig, die dokumentiert werden müssen. Wer dagegen verstößt, wird zur Kasse gebeten. Der Staat darf sich nicht darauf verlassen, dass die Wirtschaft solchen Pflichten schon nachkommt. Seine Aufsichtspflicht wird erweitert, die Mitgliedstaaten werden zu verstärkter Marktüberwachung und Kontrolle vor Ort wie an den EU-Außengrenzen angehalten. Gegen Hersteller, die gegen die Bestimmungen verstoßen, müssen die Behörden Strafen verhängen. Sie sollen „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ sein – sie festzulegen, bleibt aber den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen.

Industrie erwartet hohe Prüfkosten

Völlig neu ist ein Verbot bestimmter Stoffe: krebserregende, erbgutgefährdende oder fortpflanzungsgefährdende Stoffe dürfen nicht mehr in Spielzeug enthalten sein. Dasselbe gilt für viele allergene Duftstoffe. Für Blei und Quecksilber setzt die Richtlinie Grenzwerte fest. Spielzeug muss damit den allgemeinen Chemikalienvorschriften der EU entsprechen, die es bei der Erarbeitung der alten Spielzeugrichtlinie vor 20 Jahren noch nicht gab - einschließlich der REACH-Verordnung ((EG) Nr. 1907/2006). Verbraucherschützer bedauerten zwar, dass die neuen Maßnahmen nicht weit genug gingen. Auch aus dem Europäischen Parlament kamen Stimmen, die weit reichende Ausnahmen zum Vorteil der Hersteller kritisierten. Doch die Industrie sieht das anders. „Mit der Novelle zur Spielzeugrichtlinie schießt die EU-Kommission in die richtige Richtung“, meinte der Deutsche Verband der Spielwaren-Industrie (DVSI). Strengere Vorschriften für den Qualitätsmanagementprozess wären ihr aber lieber gewesen als der nun drohende Prüfaufwand. Der werde für jeden Spielzeug-Typ 10.000 Euro übersteigen. Auf der Nürnberger Spielwarenmesse werden in diesen Tagen rund 600.000 neue Spielzeuge gezeigt. Würde jedes einzelne pingelig nach den neuen Bestimmungen geprüft, so der DVSI, würde das sechs Milliarden Euro kosten – fast das Dreifache dessen, was die Deutschen im Jahr für Spielzeug ausgeben. (mb)

→ http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/legiswrite_version_de.pdf

Die beiden Blechkameraden gehören nicht in die Hände von Kleinkindern. Manche Stücke haben bereits Sammlerwert.



Foto: pixello

EUROP. JAHR DES INTERKULT. DIALOGS

EUROPÄISCHE LITERATUR

Anlässlich des „Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs“ präsentiert die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland erstmals eine Literaturreihe, die zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen soll. Die Lesungen finden in enger Kooperation mit der Gemeinschaft der europäischen Kulturinstitute in Berlin (EUNIC Berlin) statt. In diesem und dem kommenden Jahr beteiligen sich Autoren zeitgenössischer Literatur aus fast allen EU-Ländern. Die Veranstaltungsreihe versteht sich als Ergänzung des Projektes „Kleine Sprachen – große Literaturen“, das Literatur fördert, die in weniger häufig gesprochenen Sprachen verfasst ist.

Den Auftakt macht Slowenien. Die Autorin Veronika Simoniti stellt ihr Erstlingswerk „Zasukane Štorije“ (Verdrehte Geschichten) vor.

Zeit: 14.2.2008 um 18.00 Uhr

Ort: Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10178 Berlin

MOVING BEYOND MOBILITY

Die Veranstalter der internationalen Konferenz „Moving beyond Mobility“ im Oktober 2008 suchen Akteure aus dem internationalen Jugendaustausch, die ihre Erfahrungen präsentieren können. Die Konferenz steht im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs. Bisher gibt es nur wenige Studien zur Untersuchung von Jugendaustauschprogrammen. Die Konferenz soll dem abhelfen und dazu beitragen, mögliche Hindernisse bei der Realisierung von Austauschprogrammen zu überwinden. Die internationale Konferenz findet am 13. und 14. Oktober in Berlin statt.

Frist: 15. Februar 2008

Weitere Informationen

→ www.movingbeyondmobility.org

GEBURTSTAGSRÄTSEL

EUROGALOPPO WIRD VIER JAHRE ALT!

Das Europapferd des Landes Niedersachsen „Eurogaloppo“ wird am 3. Februar 2008 vier Jahre alt. Kinder und Jugendliche zwischen sechs und vierzehn Jahren sind eingeladen, am Eurogaloppo Geburtstagsrätsel teilzunehmen. Es gibt viele bunte Preise zu gewinnen.

Herzlichen Glückwunsch Eurogaloppo!

Frist: 1. März 2008

Weitere Informationen

→ www.eiz-niedersachsen.de/geburtstag.html

AUSSCHREIBUNGEN

RAUMPLANUNG

Das Europäische Netzwerk für Raumplanung (ESPON) hat vier Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht. Folgende Bereiche sind gefragt:



- Angewandte Forschungsprojekte
- Experten für ein Knowledge System
- Experten für zielgerichtete Analysen
- ESPON 2013 Datenbank

ESPON ist ein Netzwerk, das auf europäischer Ebene Forschungsprojekte und Studien verbreitet, die als Vorbild für die Raumplanung gelten können.

Frist: 22. März 2008

Weitere Informationen

→ www.espon.eu/mmp/online/website/content/programme/1455/1496/1502/index_EN.html

MEDIA

Die Europäische Kommission ruft Unternehmen der audiovisuellen Branche dazu auf, sich um eine Kofinanzierung ihrer Projekte zu bewerben. Die Gesamtmittel für diesen Aufruf betragen rund 1,6 Millionen Euro. Die Mittel sollen die Vernetzung und die Mobilität der Beteiligten fördern.

Außerdem will die Kommission den transnationalen Vertrieb europäischer Filme und die Vernetzung europäischer Vertriebsunternehmen fördern. Für das System der so genannten selektiven Förderung stehen insgesamt rund 12,2 Millionen Euro und für die automatische Förderung rund 13 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Programm MEDIA fördert zudem Trainingsmaßnahmen für Experten aus dem audiovisuellen Bereich sowie für die Entwicklung von Produktionen.

Die Fristen für die oben genannten Aufrufe liegen zwischen dem **14. März 2008** und **31. April 2008** und können den einzelnen Aufrufen entnommen werden.

Weitere Informationen

→ http://ec.europa.eu/information_society/media/index_en.htm

Alle Angaben ohne Gewähr

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

8.-11.2.2008

EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** und EU-Kommissar **Ján Figel'**, zuständig für Bildung, beide in **Berlin**.

TERMINVORSCHAU BIS 12.2.2008

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
4.-6.2.2008	Beratungsgespräche mit den Spezialisten der Deutschen Auslandshandelskammer in Madrid und Mailand „ Italien und Spanien – In-House-Beratung “ Veranstalter: IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	In den jeweiligen Unternehmen	Anmeldung an Fax: 05 21-55 41 09
6.2.2008 18.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Die Integration von Migrantinnen und Migranten in Europa – zwischen rechtlicher Theorie und alltäglicher Praxis “ Veranstalter: British Council, Friedrich-Ebert-Stiftung	Rotes Rathaus Rathausstraße 15 10173 Berlin	Anmeldung an ID-INFO-WILL@fes.de
7.2.2008 18.00 Uhr	Vortrag „ European Integration and Market Economy “, mit Mario Monti (EU-Kommissar a. D.) Veranstalter: Center for Financial Studies	Auditorium der Commerzbank AG Große Gallusstraße 19 60311 Frankfurt	www.ifk-cfs.de/index.php?id=1311%3C/td
8.2.2008 9.00 Uhr	Konferenz „ Schutz landwirtschaftlich genutzter Gen-Ressourcen in der EU “ Veranstalter: Uni Gießen	Justus-Liebig Universität Bismarckstraße 37 35390 Gießen	Tel: 0641-992 11 51
11.2.2008 14.00 Uhr	Podiumsveranstaltung „ Synergie durch Vielfalt – Die unternehmerische Ressource kulturelle Vielfalt “, u.a. mit Ján Figel' (EU-Kommissar) Veranstalter: Bertelsmann Stiftung	Bertelsmann Stiftung Unter den Linden 1 10117 Berlin	www.bertelsmann-stiftung.de
11.-12.2.2008	Tagung „ Die Zukunft des europäischen Strafrechts nach dem Lissabonner Vertrag “, u.a. mit Paulo Almeida Pereira (Ständige Vertretung von Portugal in Brüssel) Veranstalter: Europäische Rechtsakademie	ERA Congress Centre Metzer Allee 4 54295 Trier	www.era.int
12.2.2008 19.00 Uhr	Vortrag mit anschließendem Gespräch „ Deutschland in der Europäischen Union – Perspektiven und Ziele der Sozialdemokraten “, mit Hubertus Heil (Generalsekretär der SPD) Veranstalter: Heinz-Schwarzkopf-Stiftung	Heinz-Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28-29 10178 Berlin	www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de
12.2.2008 9.30 Uhr	Informationsveranstaltung „ EM 2012 in Polen und der Ukraine: Chancen für bayerische Exportbetriebe “ Veranstalter: IHK München und Oberbayern	IHK München Max-Joseph-Straße 2 80333 München	www.muenchen.ihk.de

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:
Berthavon-Suttner-Platz 24 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50
Vertretung in München:
Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Tarek Chafik (tch), Michael Bechtel (mb), Annette Conrad, Isabel Meyke • Thomas und Roth (Gbr) Presse & PR
Bülowsstr. 90 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 info@thomasppr.de • www.thomasppr.de
Herstellung: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.
Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.
© Europäische Kommission, 2008